

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

14. Juli 2020

<b>Tönnies:</b> Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen längst überfällig! .....	4
<b>Löhne:</b> „Da müssen die Verbraucher bereit sein, mehr zu bezahlen ...“ .....	5
<b>Kösching:</b> Faschistischer Mordversuch an Gewerkschafterin .....	7
<b>Sport:</b> Was Breitner und Hoeneß von Brecht und den Fußballfans lernen könnten .....	8

## SW.org kommt bei Audi! Belegschaft wird gespalten!

Der VW-Konzern hat bereits zum 1. Januar die ersten Schritte der Ausgliederung eines Großteils der technischen Entwicklung der Marken Volkswagen, Porsche und Audi in eine eigenständige Konzerngesellschaft durchgeführt.

Zum 1. Juli wurden nun die ersten Kolleginnen und Kollegen per Konzernleihe in diese Gesellschaft ausgegliedert. In Ingolstadt waren dies bereits ca. 1.000 Kolleginnen und Kollegen. Bis 2025 ist von insgesamt bis zu 11.000 die Rede.

### **Gefahren für die Belegschaft**

Während die Betriebsratsvorsitzenden der drei Marken von einem Meilenstein auf dem Weg zur Weiterentwicklung zum Software-Konzern sprechen, ist dies eigentlich die größte Umstrukturierung

bzw. Ausgliederung innerhalb des VW-Konzerns mit voraussichtlich massiven Auswirkungen auf die heutigen Standorte und deren Belegschaften. Sowohl für die

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ▶



## Etappensieg bei Karstadt Kaufhof – 24 weitere Filialen gesichert

Statt ursprünglich 80 werden noch 56 Kaufhäuser der Galeria Karstadt Kaufhof geschlossen. Eine Transfergesellschaft für die von der Schließung Betroffenen wurde erkämpft. ■ Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

## SW.org kommt bei Audi! Belegschaft wird gespalten!



Keine Streicheleinheiten für die Audi-Belegschaft

Kolleginnen und Kollegen, welche verbleiben, als auch für die, die in die neue SW.org gehen werden.

Durch die Ausgliederung der AEV (Audi Electronics Venture GmbH) von Audi zur SW.org mit bis zu 2.000 Kollegen aus der technischen Entwicklung bei Audi wird der Entwicklungsstandort in Ingolstadt geschwächt und die Belegschaft massiv gespalten.

Die SW.org soll zwar als gleichwertige Marke innerhalb der Konzernstruktur positioniert werden, ist aber keine Aktiengesellschaft wie die anderen, sondern eine sogenannte Europäische Gesellschaft bzw. eine Societas Europaea (SE) mit Firmensitz in Estland. Die Wahl des Firmensitzes, die CEO Christian Senger salopp als „Optimierung des Finanzwesens“ bezeichnet, wurde genau zu diesem Zweck gewählt. Gelder, die eigentlich dem deutschen Steuerzahler, also uns allen, zustehen, sollen am Fiskus vorbei in die Taschen der Aktionäre geleitet werden.

Der eigentliche Grund für die Rechtsform der Europäischen Gesellschaft (SE) ist aber vermutlich, dass diese die Verlagerung

und Schließung von Unternehmensteilen innerhalb der EU deutlich erleichtert und dass die schon in Deutschland schwachen Regeln der Mitbestimmung für eine SE noch weiter eingeschränkt werden. Laut Unternehmen sollen sich die Standorte der SW.org „(...) unter anderem in Berlin, im Raum Ingolstadt, im Raum Stuttgart und in Wolfsburg“ befinden. „Internationale Standorte sind zum Beispiel in Seattle und Peking“ geplant. Christian Senger, der zuständige Vorstand für Software, spricht im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (23. Oktober 2019) von „50 Prozent der Mitarbeiter in Europa, rund 30 Prozent in China und 10 Prozent in den Vereinigten Staaten“. Von einer mittelfristig geplanten Verlagerung der Entwicklung von den deutschen Standorten ins Ausland kann also ausgegangen werden.

### Gewinne verschoben, Belegschaft gespalten

Nach Plan der Unternehmer sollen die Fahrzeug bauenden Konzernteile zukünftig den wesentlichen Teil der im Fahrzeug verwendeten Software in der SW.org ein-

kaufen. Hierdurch könnte Gewinn aus den Marken in die SW.org und umgekehrt transferiert werden. Je nachdem wie es in die Bilanz gerade passt. Auf dem Papier wäre dann bspw. Audi weniger profitabel als zuvor, und die Kapitalseite könnte dort Einsparungen und Kürzungen leichter durchsetzen.

Das Unternehmen strebt für die SW.org einen „marktorientierten und wettbewerbsfähigen“ Haustarifvertrag an. Dass „marktorientiert und wettbewerbsfähig“ für längere Arbeitszeiten, flexible Bezahlung und gesteigerte Ausbeutung steht und dieser Schritt als weiterer Angriff auf die 35-Stunden-Woche benutzt werden wird, wird bereits in den ersten Debatten um den Tarifvertrag deutlich. Haustarifvertrag, weil das Unternehmen genau weiß, dass es um die gewerkschaftliche Organisation und Kampfstärke der SW.org-Entwickler und -Ingenieure bisher nicht gut bestellt ist. Der gemeinsame Kampf gegen Verlagerungen von Produktion oder Entwicklung ins Ausland und für bessere Arbeitsbedingungen wird erheblich erschwert.

Ein Konzern wie VW setzt aus Gründen der Profitmaximierung auf Zentralisierung. Doppelentwicklungen sollen so verhindert, die Verwaltung minimiert werden. Wie dann die entstehenden Einsparungen verteilt werden, ob an den Hauptaktionär VW oder für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das wird von den Kolleginnen und Kollegen abhängen. Lassen sie alles über sich ergehen oder leisten sie Widerstand?

Für die Kolleginnen und Kollegen im Büro oder am Band, ob sie nun Software oder Fahrzeuge herstellen, muss die Produktivitätssteigerung für eine echte Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn genutzt werden.

Dies kann jedoch nur durch die gemeinsame Organisation in den Gewerkschaften und durch den gemeinsamen Kampf über Betriebs- und Konzerngrenzen hinaus erreicht werden.

Also: Rein in die IG Metall!

■ SG

- Ich will die ~~AufDraht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

## Etappensieg bei Karstadt Kaufhof – 24 weitere Filialen gesichert

Statt ursprünglich 80 werden noch 56 Kaufhäuser der Galeria Karstadt Kaufhof geschlossen. Eine Transfergesellschaft für die von der Schließung Betroffenen wurde erkämpft.

**Orhan Akman, Bundesfachgruppenleiter von Verdi für den Einzelhandel, im Interview mit der UZ vom 26. Juni 2020**

Wenn man bedenkt, dass wir in einem fast insolventen Unternehmen verhandelt haben, haben wir ein gutes Ergebnis. Leider können wir als Gewerkschaft nicht bestimmen, welche ökonomischen Entscheidungen das Unternehmen trifft und welche Filialen geschlossen werden.

Wir haben durchgesetzt, dass die Beschäftigten seit Beginn des Schutzschirmverfahrens Tarifgehälter bekommen, inklusive Urlaubsgeld. Das hat Auswirkungen darauf, wie viel Arbeitslosengeld diejenigen bekommen, die entlassen werden. Diese Differenz macht teilweise deutlich mehr aus als die Abfindungen, die zu erwarten sind. Wir haben eine Transfergesellschaft vereinbart – darum mussten wir hart kämpfen. Wir haben erreicht, dass die Azubis auch in den geschlossenen Filialen ihre Ausbildung beenden können. Wir haben tarifiert, dass die Kolleginnen und Kollegen im Waren-Service-Team bis Ende 2024 nicht ausgegliedert werden können. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes ist ebenso geregelt. Es gilt, den Druck auf die Vermieter der Filialen und die Gesellschafter aufrechtzuerhalten. Die Geschäftsleitung und der Generalbevollmächtigte haben größeren Verzicht der Beschäftigten gefordert und wollten auch in den Filialen, die weiterbetrieben werden sollen, 10 Prozent des Personals abbauen. Diese Wahnvorstellungen haben wir abgewehrt, obwohl die andere Seite massiv mit einer Zerschlagung des Unternehmens gedroht hat.

Wir haben jetzt zwei Tarifverträge verhandelt: einen Sozialtarifvertrag und einen Vertrag „Für gute und gesunde Arbeit / Beteiligung Zukunftskonzept“ – danach sollen die Beschäftigten an Zukunftskonzepten für das Unternehmen beteiligt werden, diese Mitsprache ist tarifpolitisches Neuland. Die Geschäftsleitung hat es bis heute nicht geschafft, das Warenhaus für die Zukunft aufzustellen. Jetzt können die Erfahrung und das Wissen der Beschäftigten in ein Zukunftskonzept einfließen.

Wir bereiten uns auf weitere Aktionen vor. Wir kämpfen um jede Filiale und um jeden Arbeitsplatz. Wir werden in der Öffentlichkeit auf die Lage der Kolleginnen und Kollegen aufmerksam machen und ihnen zur Seite stehen.



Am 26. Juni fanden bundesweit vor Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof Aktionen von Beschäftigten statt, um gegen geplante Schließungen zu protestieren. In Essen z.B. nahmen auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben teil und bekundeten ihre Solidarität. Die Kundgebungen war geprägt von der Losung: „Wir stehen zusammen und wir kämpfen zusammen – für jeden Arbeitsplatz und für jede Filiale!“

**A**ll die harte Arbeit, all der Verzicht, es half nichts. Der nach dem durch den österreichischen Kapitalisten Rene Benko 2018 herbeigeführte Zusammenschluss von Karstadt und Kaufhof zur Galeria Karstadt Kaufhof führt zu den befürchteten Schließungen von Filialen (*Auf Draht* berichtete) und damit verbunden zum Abbau von Arbeitsplätzen. Corona und die damit verbundene vorübergehende Schließung von Kaufhäusern werden genutzt, um den großen Schnitt zu machen.

850 Millionen Euro betrug Benkos Vermögen laut dem österreichischen Wirtschaftsmagazin *Trend* bei der Übernahme von Kaufhof. Fünf Jahre später, 2019, beziffert das amerikanische Magazin *Forbes* sein Vermögen auf 4,3 Milliarden Euro. Herausgeholt auf dem Rücken der Beschäftigten.

Nun wird die Zeche präsentiert. 80 von 172 Kaufhäusern wollte der Benko bundesweit schließen, 10 Prozent der Belegschaft der in den 92 verbliebenen Filialen sollten gehen. In München sind der Kaufhof am Stachus, die Filialen am Nordbad und im OEZ sowie der Karstadt

Sport in der Fußgängerzone mit 350 Kolleginnen und Kollegen auf der Abschlusliste.

Doch Benko hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht, sie geht nicht auf. Die Kolleginnen und Kollegen nahmen mit Hilfe ihrer Gewerkschaft den Kampf auf – und erzielten Erfolge. Nur noch 56 Kaufhäuser werden geschlossen, und der ursprünglich geplante Personalabbau von weiteren zehn Prozent der Belegschaft in den verbleibenden Filialen ist vom Tisch. Ein Sozialtarifvertrag für die von der Schließung Betroffenen ist durchgesetzt und ein Tarifvertrag zu „guter, gesunder Arbeit“ vereinbart. Die vom Abbau betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden für sechs Monate in eine Transfergesellschaft (Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft) überführt.

„Der Einsatz und die Beharrlichkeit der Kolleginnen und Kollegen in den letzten Tagen haben sich gelohnt“, kommentierte Orhan Akman, der Bundesfachgruppenleiter für den Einzelhandel. Doch dies kann nur ein Anfang sein. Der Häuserkampf muss weitergehen. Verzicht bringt nichts, Kampf immer ein bisschen was. ■RW

mehr Informationen über die DKP:  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:  
[www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de)

**AufDraht**

Herausgeber:

**DKP München und Gruppe KAZ**

Verantwortlich im Sinne des Pressgesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: [Auf.Draht@gmx.de](mailto:Auf.Draht@gmx.de)

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

## Klasse gegen Klasse

Beim Krisengewinner **Amazon** kämpfen sie wieder. 2.000 (von ca. 13.000) Kolleginnen und Kollegen legten für 48 Stunden die Arbeit nieder, um neben dem Flächentarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel auch einen Tarifvertrag für besseren Gesundheitsschutz durchzusetzen. „Was bei uns in Sachen Coronaschutz getan wird, ist echt schräg. Da werden einerseits die Spinde aus dem Umkleidebereich weiträumig bis in die Kantine verteilt, um Schutzabstände einzuhalten – andererseits kommen rund 100 Leute für die Normalschicht zur gleichen Zeit an und stehen dann zur Übergabe bei Schichtwechsel dicht zusammen mit denen, die sie am Arbeitsplatz ablösen. Zur Arbeit kommen viele mit dem überfüllten Shuttle-Bus von der Straßenbahn zum Lager. Wer will bei diesem Durcheinander noch wissen, ob sich jemand mit dem Coronavirus infiziert hat? Ist das nicht Wahnsinn?“ Amazon betreibe „Pandemieschutz auf amerikanische Art“. Im Lager fehle es an Desinfektionsmitteln, in den Hallen werde viel zu selten geputzt, berichtet ein Kollege. Glasreiniger werde als „Desinfektionsmittel“ ausgegeben, und nicht selten müssten die Kolleginnen und Kollegen von Vorgesetzten anhören, Corona sei doch „nur ein normaler Schnupfen“, sie sollten sich nicht so anstellen. „Wir verschärfen die Gangart, denn Amazon zeigt bislang keine Einsicht und gefährdet die Gesundheit der Beschäftigten zugunsten des Konzernprofits“, erklärte Orhan Akman, der bei Verdi Verantwortliche für den Bereich Einzel- und Versandhandel.

Die Tarifverhandlungen für die rund 850.000 Beschäftigten in der **Bauindustrie** wurden am 25. Juni 2020 abgebrochen. In der dritten Verhandlungsrunde trennten sich die IG BAU und die Kapitalistenverbände, der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), ohne Ergebnis. Die IG BAU will nun die Verhandlungen für gescheitert erklären und eine Schlichtung anrufen. „Um einen Kompromiss zu erzielen, haben wir viele Vorschläge unterbreitet. Mehr geht nicht. Immer wieder schieben die Arbeitgeber die Corona-Pandemie vor, um Baubeschäftigte nicht an der positiven Entwicklung zu beteiligen. Denn klar ist, dass die Bauwirtschaft auch in Corona-Zeiten nachweislich weiter boomt“, erklärte der Verhandlungsführer der IG BAU, Carsten Burkhardt. Die IG BAU fordert ein deutliches Einkommensplus sowie die Entschädigung der Wegezeiten zu den Baustellen. Die Kapitalisten haben kein Angebot vorgelegt. Sollte nach 14 Tagen Schlichtung, bis Mitte Juli, kein Ergebnis erzielt worden sein, endet die tarifliche Friedenspflicht. ■RW



Das System Werkverträge stinkt zum Himmel – nur dem Tönnies nicht

## Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen längst überfällig!

Die Republik hat seit Wochen einen bzw. mehrere neue Corona-Hotspots: Tönnies!

Die Zustände, unter denen die Kolleginnen und Kollegen in der Fleischindustrie schufteten müssen, sind ideal für das Virus. Viel zu lange Arbeitszeiten, teilweise 16 Stunden, in denen die Kollegen dicht an dicht aneinander arbeiten, Abstände einhalten oft unmöglich, und lange Zeit auch in vielen Bereichen keine Maskenpflicht am Arbeitsplatz. Dazu kommt noch das permanente Zusammenleben der Arbeiterinnen und Arbeiter in völlig überbelegten schäbigen Wohnungen.

Aber damit noch nicht genug. Aus einem Bericht des WDR geht hervor, dass die Mietverträge, die die Kolleginnen und Kollegen mit den Subunternehmen abschließen, Klauseln für den Fall der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit enthalten. So heißt es in ihnen: „Im Falle eines Fernbleibens von der Arbeit wird dem Arbeitnehmer zusätzlich eine Nutzungspauschale von 10 Euro pro Tag für die Nutzung der Wohnung berechnet.“ (WDR, Tönnies: So leben die Mitarbeiter, 19. Juni 2020)

Wen wundert es da, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen erst gar nicht krank melden und sich so das Virus auch in der Fabrik rapide verbreiten kann?!

Die Zustände in der Fleischindustrie sind seit vielen Jahren bekannt. Dennoch sah die Bundesregierung noch nie Anlass dagegen vorzugehen. Als die grassierenden Infektionszahlen bekannt wurden, war die erste Reaktion der Bundesregierung aber nicht etwa ein Krisengipfel zum Thema Arbeits- und Wohnbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in der Fleischindustrie. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) berief

eine Konferenz ein, auf der weder die Arbeitsbedingungen noch die Zustände in den elenden Unterkünften thematisiert wurden. (Dass das nicht Thema war, wurde auch auf Nachfrage von Journalisten in der Bundespressekonferenz noch einmal bestätigt.) Sie hatte unter anderem Verbraucher- und Tierschützer eingeladen. Gesprochen wurde über die Tierhaltung und ob Fleisch nicht einfach zu billig sei. Haben sich die Tiere mit Corona infiziert oder die Menschen?

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) verkündete wenig später, er werde sich für ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie einsetzen. Ein entsprechendes Gesetz könne noch im Juli verabschiedet werden und Ende des Jahres in Kraft treten.

Nehmen wir Herrn Heil beim Wort. Schauen wir mal, was davon übrig bleibt, wenn sich die öffentliche Erregung rund um Tönnies und die Zustände in der Fleischindustrie wieder etwas gelegt hat.

Wird sich die SPD gegenüber der CDU/CSU in der Großen Koalition durchsetzen können, oder wird wieder nur ein fauler Kompromiss dabei herauskommen?

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist klar: Leiharbeit und Werkverträge gehören gesetzlich verboten, und die Kolleginnen und Kollegen müssen in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden!

Die Fleischindustrie kann dabei nur ein Anfang sein. Leiharbeit ist moderne Sklaverei! Sie spaltet unsere Klasse und schwächt unsere Kampfkraft! Deshalb ist sie zu verbieten! Bei Tönnies und überall anders auch!

Doch dabei können wir uns nicht auf Herrn Heil, die SPD-Bundestagsfraktion und erst recht nicht die Große Koalition verlassen. Die werden ganz bestimmt kein Gesetz zum Verbot der Leiharbeit machen. Es sei denn, sie werden von uns, von einer darum kämpfenden Arbeiterklasse, dazu gezwungen. Leiharbeit kann man weder „fair“ noch „gerecht“ gestalten! Mit diesen

Phrasen, wie sie auch unsere Gewerkschaftsführungen vertreten, muss Schluss gemacht werden! Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen!

Um diese Position müssen wir den Kampf und die Diskussion in unserer Gewerkschaft, im Vertrauenskörper führen!

Zu guter Letzt noch ein Wort zu Clemens Tönnies und den anderen Fleischbaronen:

Ihre Profitgier hat tausende Menschen krank gemacht und eine ganze Region (Gütersloh und Warendorf) wieder zurück in den Lockdown gezwungen. Dafür müssen sie bezahlen! Geld, das sie aus den Arbeiterinnen und Arbeitern grausam herausgepresst haben, haben sie! ■Ma

Der Verein Aktion Arbeitsunrecht e.V. berichtete: „Berichte über Preise von bis zu 250 Euro für ein einziges Bett, vollgestopfte Zimmer in kaum ausgebauten Kellern und Dachböden, schimmelige Vielbett-Zimmer, in denen die Betten im Schichtbetrieb von unterschiedlichen Personen genutzt werden, werfen ein ausgesprochen düsteres Licht auf manche Hausbesitzer in der Region Gütersloh. Dort allein sollen 5000 Werkvertragsarbeiter leben. (...) Die Wohnungen und Häuser werden von den Subunternehmern gemietet, die ihrerseits an die Werkvertragsarbeiter\*innen untervermieten. Verlieren die Arbeiter\*innen ihren Job, stehen sie damit oftmals unmittelbar auf der Straße. An manchen Wohnhäusern sind eigens Schilder angebracht, dass die Wohnheime nicht betreten werden dürfen. Damit wollen die Tönnies-Subunternehmer Kontakte der Werkvertragsarbeiter zur Außenwelt, vor allem jedoch zu Gewerkschaftern und Medien vermeiden. (...) George B. arbeitete im August 2018 an einer Zange, mit der er zuvor Schweinefüße abgetrennt hatte. Als seine Hand in die Zange geriet, trennten die Schneiden ihm vier Finger teils vollständig ab. Wie George B. dem Magazin Plusminus erklärte, arbeitete die Pfofenzange nicht korrekt. Bisher erhält George B. laut Unterstützern trotz der Verstümmelung seiner Hand keine Rentenzahlungen der Berufsgenossenschaft (BG), weil ihm Vorsatz unterstellt wird. Heißt: es steht die Behauptung im Raum, George B. habe sich die Finger absichtlich abgehackt, um sich Zahlungen zu erschleichen.“

Daniela Reim von der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Oldenburg berichtete gegenüber der ARD, dass viele Werkvertragsarbeiter über Hektik, Stress, Müdigkeit, Erschöpfung und mangelnde Qualifizierung klagen. Tönnies-Werkvertragsarbeiter\*innen sollen Gewerkschaftern von 16-Stunden-Schichten berichten.“

## **„Da müssen die Verbraucher bereit sein, mehr zu bezahlen ...“**

*Solche oder ähnliche Sätze hört man in den letzten Jahren häufig. Aktuell geht es um billiges Fleisch, miserable Tierhaltung in der landwirtschaftlichen Großproduktion und die verheerenden Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen.*

Es ist der mehr oder minder offene Vorwurf gegenüber „dem Verbraucher“, er sei schuld an diesen Zuständen. Wäre er bereit mehr zu bezahlen, könnte auch den Arbeitern in den Schlachthöfen mehr bezahlt werden und die Missstände bei der Tierhaltung abgeschafft werden.

### **Wer ist denn „der Verbraucher“?**

Das sind die wenigen Milliardäre und Millionäre, also z.B. auch die Familie Tönnies, genauso wie die große Mehrheit in diesem Land, die Lohnarbeiter. Erstere sind längst „bereit“, sich teures Fleisch aus Feinkostläden liefern zu lassen, das merken sie auf ihren Konten gar nicht. Ob das teure Fleisch allerdings unter besseren Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, ist damit längst nicht gesagt.

Kümmern wir uns um uns Arbeiter, also z.B. um die Arbeiter in den Schlachthöfen. Auch sie sind Verbraucher, müssen Nahrungs- und andere Lebensmittel einkaufen, um überleben zu können. Sollen also die Arbeiter in den Fleischfabriken bereit sein, mehr für das Fleisch zu bezahlen, in der Hoffnung dann höhere Löhne bekommen? Jeder kann sich an seinen fünf Fingern ausrechnen, dass der Schlachthofarbeiter gar nicht mehr bezahlen kann von seinem

Lohn, der doch kaum das Existenzminimum abdeckt. Verteuern sich die Lebensmittel, bleibt ihm nichts anderes übrig, als z.B. kein oder weniger Fleisch zu kaufen. So wie ihm geht es Millionen Arbeitern, deren Lohn gerade einmal zum Überleben reicht oder die gar von Arbeitslosen- oder Kurarbeitergeld leben müssen.

So herum funktioniert das also schon einmal nicht. Stellt sich die Frage, wie die Arbeiter zu mehr Lohn kommen.

Gehen wir mal kurz davon aus, die Regierung verbietet tatsächlich Werkverträge. Die Arbeiter werden in den Fleischbetrieben fest angestellt, haben dadurch etwas bessere Voraussetzungen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sich nicht jede Schikane gefallen lassen zu müssen und höhere Löhne durchzusetzen. Die Kapitalisten in der Fleischindustrie haben dann also deutlich höhere Lohnkosten. Aber müssen sich dadurch zwangsläufig die Preise erhöhen?

### **Sind höhere Löhne die Ursache für höhere Preise?**

Klar, der Schlachthofbetreiber wird versuchen, die höheren Lohnkosten auf die Preise umzulegen. Sind also dann die Arbeiter in den Schlachthöfen dafür verantwortlich, wenn wir alle, also auch sie selbst, mehr

für das Fleisch bezahlen müssen? Oder ist es nicht doch der Schlachthofbetreiber, der die Preise erhöht, obwohl die Arbeitszeit, die aufgewendet werden muss, um ein Kilo Schweine- oder Rindfleisch herzustellen, sich doch um keinen Deut erhöht hat, also das Fleisch nicht mehr wert ist als vorher. Warum sollte es mehr kosten? Es ändert sich etwas anderes. Der Anteil an dem Preis für ein Kilo Fleisch, den die Arbeiter als Lohn bekommen, erhöht sich etwas. Der Anteil, den sie unbezahlt für den Schlachthofkapitalisten arbeiten, verringert sich entsprechend. Es verringert sich also letztendlich der Profit des Schlachthofbetreibers, was er durch höhere Preise wieder reinholen will. Gelingt ihm das, was u.a. auch davon abhängt, ob ihm die großen Handelsketten Aldi und Co. das nun teurere Fleisch abnehmen oder diese billigere Anbieter finden, zahlen wir Arbeiter als Verbraucher nun notgedrungen mehr für das Fleisch. Doch wir bezahlen es nicht für die etwas besseren Arbeitsbedingungen der Kollegen in den Schlachthöfen, sondern für deren Kapitalisten und ihren Profit. Die Schlachthofarbeiter selbst müssen das Wenige, was sie ihrem Kapitalisten als Arbeiter im Lohnkampf gerade

## Kurz & bündig

Die **Lufthansa** ist vorerst gerettet. Am Schluss war alles eitel Sonnenschein, selbst der Großaktionär und AfD-Sympathisant Heinz-Hermann Thiele von der Münchner Knorr-Bremse stimmte zu und nahm 9 Milliarden Euro Staatszuschuss an. Kein Wunder, schließlich verzichtet die Bundesregierung auf jegliche Mitsprache oder gar garantierten Schutz für die Beschäftigten. Stattdessen werden Piloten, Flugbegleiter und auch technisches Personal gezwungen, durch Lohn- und Gehaltsverzicht die Renditen für die Aktionäre zu garantieren. Hunderte Piloten und Flugbegleiter folgten dem Aufruf von Verdi zum Protest vor dem Reichstag: „Lufthansa und TUI haben Milliarden an Staatshilfen erhalten. Trotzdem müssen die Beschäftigten von LGW, Sunexpress, Germanwings und TUIfly um ihre Zukunft bangen“, hieß es im Demoaufruf. „Ihr fliegt in den Urlaub – Wir fliegen raus“, schrieben sie auf ihre Transparente. Wäre es nicht richtig, wo öffentliches Geld gewährt wird, auch öffentliches Eigentum entstehen zu lassen? Das wird ohne Kampf allerdings nicht verwirklicht werden können.

Teuer bezahlte Wirtschaftsprüfer, staatliche Aufsichtsorgane, niemand merkte was – oder wollte nichts merken. Zu wichtig im imperialistischen Konkurrenzkampf war der 1999 gegründete Finanzdienstleister **Wirecard**. Die Bafin (Bundesanstalt für Finanzaufsicht) fühlte sich nicht zuständig, sah sich aber doch veranlasst, Strafanzeige gegen britische Journalisten der Financial Times zu stellen, weil diese über „die unlauteren Geschäftspraktiken hochrangiger Wirecard-Manager“ schrieben. Nun sind hunderte Millionen durch betrügerische Machenschaften umverteilt, der mutmaßliche Nutznießer, Jan Marsalek, ist untergetaucht. Auf der Strecke bleiben die Angestellten der Wirecard, die Insolvenzantrag gestellt hat. 5.800 Kolleginnen und Kollegen blicken in eine ungewisse Zukunft, die ihnen – auf einem immer noch nicht gelöschten Video auf der Internet-Seite des Unternehmens – als goldig versprochen wurde. Traum zerplatzt, für die Betrogenen und die Kolleginnen und Kollegen.

Rund 35 Jugendliche folgten dem Aufruf der SDAJ in Neumarkt in der Oberpfalz, sich im örtlichen Stadtpark solidarisch **gegen Rassismus und Polizeigewalt** zu zeigen. Auch acht stadtbekannte Nazis kamen zur Kundgebung und beschimpften die Teilnehmer als „Zeckenschweine“, „Kanacken“ und „Untermenschen“. Das anwesende Unterstützungskommando der Polizei blieb untätig. Erst nach dem Ende der Kundgebung, als die Meldung kam, am benachbarten „Oberen Markt“ hätte angeblich ein Kundgebungsteilnehmer die Nazis mit einer Kette angegriffen, preschte die Polizeieinheit in mehreren Wagen und mit Blaulicht los.

■RW



Schwein gehabt? Eher nicht.

■ Fortsetzung von Seite 5

**„Da müssen die Verbraucher bereit sein, mehr zu bezahlen ...“**

abgerungen haben, diesem als Verbraucher wieder in die Tasche stecken.

### Ablenkungsmanöver

Doch was ist, wenn die Preise für ein Kilo Fleisch steigen, weil die Tierhaltung und damit auch die Qualität des Fleisches verbessert werden? Mal abgesehen davon, dass auch die kapitalistischen Tierzüchter dazu gezwungen werden müssen, denn freiwillig erhöht kein Kapitalist seine Kosten, dann bleibt die Tatsache, dass sich die Arbeiter das nun teurere Fleisch von ihrem Lohn auch leisten können müssen. Dieser steigt ja nicht automatisch mit den Preisen, sondern wird im Gegenteil von den Kapitalisten wo immer möglich gedrückt, um ihren Profit zu erhöhen, die Konkurrenz zu unterbieten.

Man sieht schon an diesem winzigen Ausschnitt kapitalistischer Produktion, dass das ganze Gerede von der Bereitschaft, mehr zu bezahlen, um irgendetwas in dieser Welt zum Besseren zu verändern, schlichtweg Unsinn ist. Es bedeutet nichts anderes, als abzulenken von dem notwendigen Kampf gegen Regierung und Kapital.

Um nicht zu verarmen oder gar um sich etwas bessere Lebensmittel kaufen zu können, bleibt den Arbeitern gar nichts anderes übrig, als immer wieder um mehr Lohn zu kämpfen. Um sich nicht frühzeitig kaputt zu schuften, bleibt nichts anderes, als um Verkürzungen des Arbeitstages zu kämpfen. Da durch Werkverträge, Leiharbeit, befristete Verträge, unsichere Aufenthaltsregelungen es für die Arbeiter in vielen Bereichen wie in den Schlachthöfen sehr schwierig ist, den Kampf zu führen, gilt es gegen diese gesetzlichen Bestimmungen zu kämpfen und so die Kollegen zu unterstützen. Das ist es, wozu

wir Arbeiter und dabei vor allem diejenigen in den gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen bereit sein müssen. Nur so werden wir zu einer Kraft, die tatsächlich die Welt verändern kann. ■gr

**UZ – unsere zeit**  
**Sozialistische Wochenzeitung**  
**6 Wochen gratis probelesen**



**Druckausgabe und online!**

CommPress Verlag GmbH .  
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen  
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: - 28 .  
E-Mail: info@unsere-zeit.de  
www.unsere-zeit.de

## Faschistischer Mordversuch an Gewerkschafterin

Nichtsahnend geht Stefanie Kirchner am Abend in ihrem Wohnort Kösching bei Ingolstadt spazieren.

Steffi ist Krankenpflegerin, seit vielen Jahren aus Überzeugung gewerkschaftlich organisiert und engagiert. Außerdem ist sie Mitglied der Partei DIE LINKE, für die sie auch im Bezirksrat sitzt.

Plötzlich wird sie von hinten, aus dem Nichts, von einem unbekanntem Mann attackiert, der sie sofort zu würgen beginnt. Dabei brüllt er mehrmals „Ihr scheiß Linke“. Glücklicherweise kann sich Steffi gegen den Mann zur Wehr setzen, sich aus dem Würgegriff befreien und fliehen. Wenig später wird bekannt, dass der Täter ein Messer dabei hatte, das er offenbar auch einsetzen wollte, um Steffi zu töten.

Wie weit sind wir inzwischen wieder gekommen, wenn engagierte Kolleginnen und Kollegen, überzeugte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Linke und Antifaschisten das Ziel faschistischer Mordangriffe wie zum Ende der Weimarer Republik werden?!

Der Rechtsruck, die Gefahr, die von rechts droht und über die immer wieder in der *Auf Draht* berichtet wird, sie ist tödlich! Nicht zuletzt der von Faschisten verübte Mord am hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke zeigt das deutlich.

Wenn jetzt mehr und mehr über rechte Netzwerke in der Bundeswehr, und spe-

ziell in deren „Eliteinheit“, dem „Kommando Spezialkräfte“ (KSK), bekannt wird, unter anderem dass dort im Zuge dessen mehr als 60.000 Schuss Munition und Sprengstoff verschwunden sind, dann sind das alarmierende Zeichen, nicht nur dafür, dass sich Faschisten im Untergrund immer mehr bewaffnen und aufrüsten, sondern auch, wie eng faschistische Kräfte schon wieder mit dem Staatsapparat verschmolzen sind!

Für uns, für die Arbeiter- und demokratische Bewegung, ist spätestens seit der Mordserie des NSU klar, dass wir uns auf den Staat und seine Organe im Kampf gegen die Faschisten nicht verlassen können.

Die einzigen, die den Faschismus, die Faschisten, stoppen können, sind wir selbst! Kollegen, schließen wir uns zusammen und versperren wir den Rechten den Weg!

Der Angriff auf unsere Kollegin Steffi ist ein Angriff auf uns alle!

■ *Ma/Verdi-Mitglied aus Ingolstadt*



Der Münchner Mieterverein fürchtet, dass bis zu 400.000 Münchner „ein schlimmeres Problem“ bekommen könnten. Derzeit ist die durch Kurzarbeit (22.344 Betriebe meldeten Kurzarbeit an) oder gar Erwerbslosigkeit (107.130 im Juni 2020, 81.592 mehr als im gleichen Monat 2019) geprägte Lage für die Münchner Mieter schwierig. „Wir bekommen seit Beginn der Coronakrise sehr viele Anfragen von Mitgliedern, die sich Sorgen machen, weil sie – etwa wegen Kurzarbeit oder ausbleibender Aufträge als Freiberufler – ihre Mieten nicht mehr bezahlen können“, sagt Volker Rastätter, Geschäftsführer des Mietervereins München. Problematisch sei insbesondere, dass Mieter zwar ihre Mieten bis Ende Juni nicht oder nur teilweise bezahlen können, ohne eine Kündigung befürchten zu müssen, aber dass sie bis Ende Juni 2022 nachbezahlen müssen, unter Umständen mit Verzugszinsen: „Die Mietschulden stauen sich also nur an.“ Knallhart die größte Wohnungsgenossenschaft München, die WG West, 3,15 Prozent mehr sind fällig. „Wir haben auch kein schlechtes Gewissen deswegen“, erklärt Thomas Schimmel (Vorstand der Wohnungsgenossenschaft München-West) lapidar.

Quasi zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats entschied das Verwaltungsgericht Köln, dass die Akteneinsicht in die Akten des Verfassungsschutzes einem Journalisten nicht erlaubt ist. Der Auskunftsanspruch sei grundsätzlich auf die Beantwortung konkreter Fragen und nicht auf die Einsichtnahme in Behördenakten gerichtet, heißt es in der Begründung. Der Journalist versucht, die politischen Hintergründe aufzudecken, da die offizielle Version vom Einzeltäter wenig glaubhaft ist. Zu viele Indizien lassen Hintermänner vermuten. Besonders interessant ist natürlich die Frage, welche Rolle der Verfassungsschutz spielte. Aber das geht das Volk, in dessen Namen die Richter sprechen, natürlich nichts an. Mittlerweile hat die Bundesstaatsanwaltschaft nachgezogen. Die vor fünf Jahren nach jahrelangem Kampf wieder aufgenommenen Ermittlungen wurden eingestellt – die Hintermänner des feigen Anschlags bleiben weiter unbekannt.

In den USA werden Denkmäler von Kolonialisten und Rassisten gestürzt. In München werden weiterhin Straßen nach ihnen benannt. Die Hildestraße in Neuhausen etwa erinnert an den Leiter des Städtischen Wohlfahrtsamtes während der Nazidiktatur. Er verweigerte Bedürftigen jüdischen Glaubens die Sozialhilfe und stufte andere als „arbeitscheu“ ein – was deren Deportation in das Konzentrationslager bedeutete. Die Moosacher Treitschkestraße, benannt nach dem aus einer sächsischen Beamten- und Offiziersfamilie stammenden Heinrich Treitschke, leistete bereits 1879 der Nazihetze Vorschub: „Die Juden sind unser Unglück“, hetzte der Reichstagsabgeordnete. In Pasing gibt es die Alois-Wunderer-Straße. Der sorgte als Nazi-Oberbürgermeister mit der Mitglieds-Nummer 5.904.262 für die Eingemeindung der ehemals freien Stadt Pasing nach München.

■ RW



Auf der Kundgebung „Solidarität mit Steffi - Gegen Rechtsruck und rechte Gewalt“ sprachen unter anderem Eva Bulling-Schröter, Schlosserin, Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Stadträtin aus Ingolstadt, Christian De Lapuente, Industriemechaniker, DGB-Organisationssekretär, SPD-Kreisvorsitzender und Stadtrat sowie ein Vertreter der Linksjugend und ein Vertreter der antifaschistischen Gruppe LARA aus Ingolstadt



Die Nase immer etwas oben: Paul Breitner ...



... und Ulrich Hoeneß

## Was Breitner und Hoeneß von Brecht und den Fußballfans lernen könnten

Klar, dass der Würstlkönig Ulrich Hoeneß zu den Vorfällen beim Schnitzelpapst Clemens Tönnies im Blickpunkt Sport befragt wurde. Der Hoeneß ist bekannt für sein männerbündisches Verhalten, und so verwundert es nicht, dass er seinem Freund Tönnies trotz allen fußballerischen Wettbewerbs die Treue hält. Ihm missfällt, dass Tönnies' Errungenschaften als Unternehmer durch die aktuelle Kritik unter den Teppich gekehrt würden. „Dass man das alles, was er geleistet hat, was er für eine große Firma aufgebaut hat, plötzlich in Schutt und Asche redet, das kann es nicht sein“, echauffiert er sich. Wie, mit welchen Methoden und unter welchen Bedingungen dieser das Geld angehäuft hat, interessiert ihn nicht. Vermutlich kennt er sie ja eh' zu gut, soll doch laut NGG in seiner Würstlfabrik auch nicht alles zum Besten bestellt sein.

Sein Spezl Paul Breitner hat für die Leipziger Fußballfans einen Tipp auf Lager: „Wenn ich in Leipzig Fußballfan wäre, dann würde ich dem Herrn Mateschitz jedes Mal die Füße küssen! Gleiches gilt für den Scheich aus Katar: Er hat Neymar für angeblich 222 Millionen Euro für Paris St.-Germain gekauft, dem würde ich auch die Füße küssen. Weil er mir als Fan diesen Künstler schenkt. Dieses Geld tut doch niemanden weh, das ist sein Privatvergnügen ...“ Ja, ihr zwei Vollposten. Fußballfans wissen sehr wohl, wo die Kohle herkommt. ■RW

Wer baute das siebentorige Theben?  
In den Büchern stehen die Namen von Königen.  
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?  
Und das mehrmals zerstörte Babylon  
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern  
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?  
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war  
Die Maurer? Das große Rom  
Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen  
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz  
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis  
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang  
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.  
Der junge Alexander eroberte Indien.  
Er allein?  
Cäsar schlug die Gallier.  
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?  
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte  
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?  
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer  
Siegte außer ihm?  
Jede Seite ein Sieg.  
Wer kochte den Siegeschmaus?  
Alle zehn Jahre ein großer Mann.  
Wer bezahlte die Spesen?  
So viele Berichte.  
So viele Fragen.  
(Bertolt Brecht, Fragen eines lesenden Arbeiters)